



Kohlekraftwerke blasen den Klimakiller Kohlendioxid in die Luft. Um ihren Kraftwerken einen grünen Anstrich zu verpassen, propagieren die Energieriesen nun CO<sub>2</sub>-Endlager. Doch das ist eine risikoreiche Technologie, die den Ausbau erneuerbarer Energien bremst.

## CO<sub>2</sub>-Lager: ‚Unterirdische‘ Idee

**Kohlendioxid-Speicher sind der Versuch der Kohlelobby, den Klimakiller grün zu waschen. Diese Technologie birgt enorme Risiken und bremst den Ausbau erneuerbarer Energien.**

Um ihrer Kohlepolitik einen grünen Anstrich zu verpassen, propagieren die Energieriesen jetzt CO<sub>2</sub>-Endlager. Carbon Capture and Storage (CCS) heißt die Technologie, die für Kohlekraftwerke mehr Klimaschutz vorgaukeln soll: Statt den Klimakiller CO<sub>2</sub> in die Luft zu blasen, soll es unter der Erde verschwinden. Das in Kohlekraftwerken abgechiedene Kohlendioxid müsste zunächst mit großem Energieaufwand verflüssigt und über Pipelines quer durch die Republik zu den Lagerstätten transportiert werden. Doch das birgt enorme Risiken.

„Konzentriertes CO<sub>2</sub> ist ultragiftig und geruchlos. Lecks in der Pipeline oder im Endlager würden erhebliche Risiken für Mensch und Natur bedeuten. Außerdem verringert die CO<sub>2</sub>-Abscheidung den ohnehin schon geringen Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken. Besser als Kohlendioxid zu lagern ist allemal, den Klimakiller gar nicht erst zu erzeugen. Wir setzen im Land Bremen auf den Ausbau der erneuerbaren

Energien. Wir lassen nicht zu, dass Bremen zum CO<sub>2</sub>-Klo der Energiekonzerne wird“, so die energiepolitische Sprecherin Maïke Schaefer.

Die CCS-Technologie würde die Nutzung fossiler Energien verlängern. Investitionen in diese ineffektive Art, mit hohem Materialeinsatz viel Gift und wenig Strom zu erzeugen, bremst den Ausbau erneuerbarer Energien. „Anstatt Unsummen in unsichere CO<sub>2</sub>-Speichern zu versenken, sollte der Bund lieber ein umfassendes Bohrprogramm für saubere Geothermie finanzieren. Sie bietet ein enormes Potenzial. Die oberflächennahe Erdwärme wird schon zum Heizen und Kühlen genutzt – beispielsweise im Fockemuseum, Klimahaus oder Bürogebäuden im Hafen. Geeignete Gebiete zur Nutzung der Tiefengeothermie müssen hingegen erst noch erfasst werden. Das muss gefördert werden“, so Maïke Schaefer.



## Wahlrecht auf alle BremerInnen ausweiten

Die meisten MigrantInnen leben seit über 20 Jahren hier. Sie zahlen zwar Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, doch das Kommunalwahlrecht ist ihnen verwehrt. Rund 50.000 Menschen sind davon in Bremen betroffen. „Wer hier seine zweite Heimat gefunden hat, soll auch mitbestimmen. Politische Teilhabe ist ein Bürgerrecht. Viele ZuwanderInnen wollen sich nicht mehr abschotten, sondern beteiligen. Sie sollen nicht länger BürgerInnen zweiter Klasse sein. Das Kommunalwahlrecht fördert ihre Identifikation mit Bremen. Es stärkt den Gemeinsinn und

trägt zur gelingenden Integration bei“, betont Hermann Kuhn.

Während Deutschland das Kommunalwahlrecht bisher von der Staatsbürgerschaft abhängig macht, haben andere EU-Staaten dieses Bürgerrecht schon längst auf alle dauerhaft dort wohnenden AusländerInnen ausgedehnt. Bremen soll sich nun im Bund für die notwendige Grundgesetzänderung einsetzen. Die soll ebenfalls ermöglichen, dass hier lebende EU-BürgerInnen künftig neben den Beiräten und der Stadtbürgerschaft auch den Landtag mit wählen dürfen.

Weiterer Punkt der beschlossenen Reform: Ab 2011 können in Bremen 16-Jährige den Landtag mit wählen. Damit ist Bremen bundesweit Spitze. „Jugendliche sind am längsten von politischen Entscheidungen betroffen. Also sollen sie auch mitentscheiden. Sie sind heute mit 16 so reif, dass sie von ihrem Wahlrecht bewusst Gebrauch machen können. Angesichts des demographischen Wandels schafft das mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Zudem wollen wir damit die Distanz junger Menschen zur Politik verringern“, so Hermann Kuhn.

## grün: aktuell

### Direkte Demokratie stark erleichtert

Bremerinnen und Bremer können fortan zwischen den Wahlen einfacher mitbestimmen. Der Landtag hat Volksbegehren und Volksentscheide wesentlich erleichtert. „Damit erfüllt sich unsere langjährige Forderung: Weg von der Zuschauerdemokratie, hin zu mehr direkter Einflussnahme. Das kann für eine lebendige Demokratie nur gut sein“, so der zuständige Abgeordnete Hermann Kuhn.

Bei der direkten Demokratie war Bremen bisher lahm wie eine Ente. Gerade mal ein einziges Volksbegehren war hier in den vergangenen 60 Jahren erfolgreich. Mit der Reform der



Volksgesetzgebung gehört Bremen künftig in die Spitzengruppe der drei Bundesländer mit den bürgerfreundlichsten Verfahren. So wird u.a. die notwendige Unterstützung für ein Volksbegehren von 10 auf 5 Prozent halbiert. Das entspricht 24.000 statt 48.000 Unterschriften. Damit der Volksentscheid erfolgreich ist, reicht die Zustimmung von 20 (vorher 25) Prozent aller Wahlberechtigten. Neben der Erleichterung finanzwirksamer Volksbegehren gilt jetzt auch ein erhöhter Bestandsschutz für Volksentscheide. Um die Beteiligung zu erhöhen, können Volksentscheide zeitgleich mit regulären Wahlen stattfinden. Zur besseren Vorbereitung gibt's eine Informationsbroschüre.

### service impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft  
Telefon 0421/3011-0  
Telefax 0421/3011-250  
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de  
Internet www.gruene-fraktion-bremen.de  
Gestaltung Designbüro Möhlenkamp  
Relaunch + Satz Thomas Kollande  
Texte Matthias Makosch  
Fotos IStock, E. Meier, Uni Bremen, Vestas Central, Kindemothilfe, M. Makosch  
V.i.S.d.P.: Matthias Makosch  
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Schlachte 19/20  
28195 Bremen  
Druck: Geffken & Köllner, Bremen

## grün: inhalt

### Faire Vergabe Seite 2

Für Auftragsvergaben gelten nun soziale und ökologische Kriterien.

### Petitionsgesetz Seite 3

Mit der Eingabe im Internet hat Bremen eine Vorreiterrolle.

### Wahlrecht Seite 4

Bremen lässt als erstes Land 16-Jährige den Landtag mit wählen.

### grün:Aktion



„Bremerhaven und Bremen – zwei Städte, ein Land“: Unter diesem Titel hatte die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN jüngst zu einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion mit VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Medien ins Klimahaus eingeladen. Dabei ging's u.a. um die Fragen, ob Bremerhaven zu selbstständig ist, ob Bremen die Probleme der Seestadt ausblendet und wie beide Städte künftig gedeihlich zusammenwirken können.

@ Ein Bericht dazu im Internet unter [www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de).

## grüne ecke

### „Kunst an der Schlachte“



„Memory“ heißt die Ausstellung der Malerin Silvia Brockfeld, die noch bis zum 28. Januar im Fraktionsbüro an der Schlachte zu sehen ist. Die Bilderschau im Rahmen von „Kunst an der Schlachte“ kann wochentags von 9 bis 12 Uhr sowie von 13 bis 15 Uhr besichtigt werden.

# grün: Journal



Offshore-Windkraft-Anlagen werden an Land vormontiert. Für die Verladung der Riesenanlagen auf die Transportschiffe ist in Bremerhaven ein neuer Schwerlast-Terminal angedacht.

## Naturschutz nicht gegen Windkraft ausspielen

**Bremerhaven soll zum Top-Standort für die Offshore-Windenergie in Europa werden. Dafür ist ein Schwerlast-Terminal im Gespräch. Alternativ-Standorte zu den geschützten Wattgebieten müssen äußerst sorgfältig geprüft werden.**

Bremerhaven kann zum führenden Standort für die boomende Offshore-Windkraft in Europa werden. Für die Verschiffung der riesigen Anlagen ist aus Sicht der Branche aber ein Schwerlast-Terminal erforderlich. Das hat der Senat im Grundsatz beschlossen. Jetzt werden drei Alternativstandorte und elf Varianten geprüft: Die Verladung der Anlagen über den Containerterminal oder Kaiserhafen, über eine neue Schwerlastkaje im südlichen Fischereihafen oder über einen ganz neuen Offshore-Hafen in der Weser. Auch die genauen Kosten müssen noch genau untersucht werden. Klar ist, dass der neue Hafen ausschließlich mit privaten Investoren möglich ist.

„Wir müssen die Windkraft ausbauen, um die Energiewende zu erreichen. Klimaschutz schafft außerdem Arbeitsplätze in Bremerhaven und ist ein wichtiger Teil des Strukturwandels. Ein neuer Hafen im Blexer Bogen ist für uns nur schwer vorstellbar. Denn das Gebiet ist ökologisch äußerst wertvoll. Die Wattflächen sind der EU als Natura 2000-Gebiet gemeldet. Ein neuer Hafen in der Weser ginge nur, wenn er absolut alternativlos ist. Und dann wäre auch nur weiter nördlich des Blexer Bogens für uns ein denkbarer Standort. Für uns Grüne ist deshalb klar, dass die Varianten sehr sorgfältig geprüft werden müssen. Ist eine der Alternativen zum Weser-Standort möglich, muss diese genutzt werden“, betont der hafen- und wirtschaftspolitische Sprecher Frank Willmann.

Während einem neuen Offshore-Hafen in der Weser die größten Bedenken entgegenstehen, ist im Fischereihafen voraussichtlich die Doppelschleuse für die neuen Spezialschiffe zu klein. Denn die sind rund 40 Meter breit. Die Gondel, Nabe und Rotorblätter der Offshore-Anlagen werden an Land vormontiert und komplett auf die Spezialschiffe verladen. Durch die Kaiserschleuse würden diese Transportschiffe passen. Unklar ist aber, ob die Kajen im Kaiserhafen für die Verladung der immens schweren Offshore-Anlagen tauglich sind. Das gilt ebenso für den Containerterminal. Außerdem müssten die Bauteile erst vom Fischereihafen dorthin gebracht werden. Der Containerterminal hätte jedoch den Vorteil, dass er am seeschifftiefen Wasser liegt.

„Der Offshore-Windkraft werden jährliche Wachstumsraten von rund 25 Prozent prognostiziert. Bremerhaven ist mit den Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie der Produktion von Anlagen-Teilen bereits ein Zentrum der Windkraft-Branche. Für die Seestadt wäre es ein enormer Standortvorteil, wenn dort künftig auch die Verladung der Offshore-Anlagen am seeschifftiefen Wasser stattfinden kann. Ein Schwerlast-Terminal ist dafür aber die Voraussetzung. Der muss umweltverträglich realisiert werden“, so Frank Willmann.



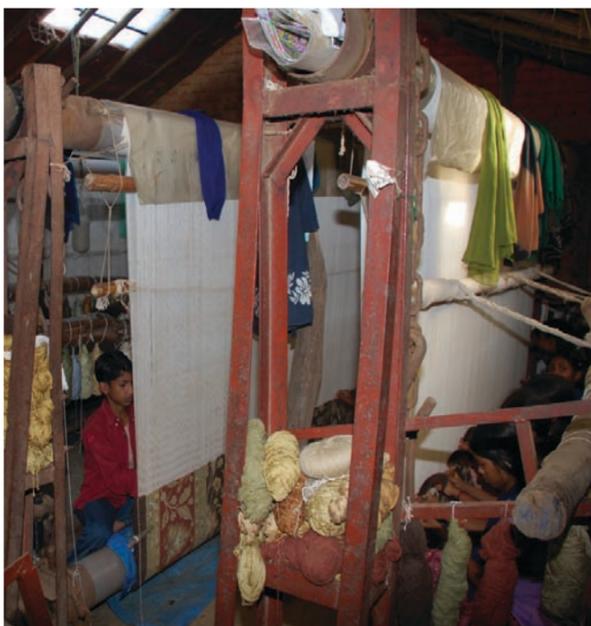
## Bremen fairpflichtet sich

**Mit den Grünen nutzt der Stadtstaat jetzt seine Marktmacht, um soziale und ökologische Standards durchzusetzen. Das sind fortan gesetzlich verankerte Kriterien, die den Ausschlag bei der Vergabe öffentlicher Aufträge geben können.**

Bremen bezieht künftig nur noch Waren, die frei von ausbeuterischer Kinderarbeit sind. So sieht es das neue Vergabegesetz vor. „Kinder gehören auf die Schulbank und nicht an die Werkbank. Wir wollen keine Pflastersteine, für die Kinder unter katastrophalen Bedingungen in Steinbrüchen schufteten müssen“, betont der Fraktionsvorsitzende der Grünen Matthias Güldner.

Weltweit arbeiten über 210 Millionen Kinder laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO). Ein Großteil davon unter gefährlichen und gesundheitsschädlichen Bedingungen in Bergwerken, Steinbrüchen oder auch in der Textilindustrie. Diesen Kindern wird das ‚Kind sein‘ verwehrt. Ihnen werden Bildungschancen verweigert. Ihre Gesundheit wird zerstört. Und das, weil manche Unternehmen billige Arbeitskräfte wollen.

„Wir können mit dem neuen Vergabegesetz die Unternehmen unterstützen, die ihre Verantwortung wahrnehmen. Gleichzeitig geben wir anderen Firmen, die sich bislang nicht für die Produktionsbedingungen ihrer Waren interessieren, das deutliche Signal: Wir als Großverbraucher wollen keine ausbeuterische Kinderarbeit. Wir wollen die Einhaltung der ILO-Normen, zu denen außer dem



Verbot von Kinderarbeit unter anderem das Zulassen unabhängiger Gewerkschaften zählt“, unterstreicht Matthias Güldner.

Mit grüner Regierungsbeteiligung nutzt Bremen jetzt seine Marktmacht, um seinen Teil zur Durchset-

zung des fairen Handels zu leisten. Der Hebel des öffentlichen Auftragsvolumens in dreistelliger Millionenhöhe soll auch angesetzt werden, um ökologische Standards durchzusetzen. „Bremen gibt mit seinem Einkaufsverhalten ein positives Beispiel. Vom nachhaltigen Wirtschaften profitieren die Umwelt und die Menschen“, so Matthias Güldner.

Bremen könnte fortan z.B. Schultische von jenen Herstellern beziehen, die ihr Holz nachweislich aus nachhaltiger Forstwirtschaft beziehen und keinen Raubbau betreiben. Die Liste der Möglichkeiten ist lang – vom energiesparenden Computer bis zum Dienstfahrzeug mit Elektroantrieb. Mehrkosten können zum Teil durch einen zentralen Einkauf aufgefangen werden, der durch höhere Bestellmengen bessere Preis-Konditionen ermöglicht.

Nicht zuletzt setzt das Vergabegesetz auch ein Zeichen gegen Lohndumping. Die beauftragten Unternehmen sollen sich verpflichten, ihren Beschäftigten Tariflöhne bzw. im Entsendegesetz

festgelegte Entgelte zu zahlen. Greift beides nicht, sollen die Firmen einen Mindestlohn von 7,50 Euro zahlen.



## Mehr Frauenförderung in der Wissenschaft

**Der Frauen-Anteil an Bremischen Hochschulen ist mickrig. Um ihr Potenzial nicht länger zu vergeuden, soll die Quote auf 40 Prozent steigen. So sieht es die Gesetzesnovelle vor. Außerdem wird das Studium ohne Abi erleichtert.**



Im internationalen Vergleich hinken wir meilenweit hinterher. Wenn es in diesem Schnecken tempo weitergeht, haben wir die Chancengleichheit nicht vor Ende des 21. Jahrhunderts. Im zunehmenden Wettbewerb um die besten Köpfe müssen die Hochschulen ihren Frauenanteil gezielt steigern. Exzellenz braucht Chancengleichheit“, betont die wissenschaftspolitische Sprecherin Silvia Schön.

Um bei der Gleichstellung endlich voranzukommen, sollen die Bremischen Hochschulen fortan zu 40 Prozent Frauen auf wissenschaftliche Positionen berufen. Diese Zielvorgabe sieht die Novelle des Hochschulgesetzes auf grüne Initiative vor. Damit mehr Frauen bei gleicher Qualifikation in den Berufungsverfahren zum Zuge kommen, wird für die Berufungskommission eine Quotenregelung festgelegt. Frauen sollen in diesem wie anderen Hochschulgremien mit 40 Prozent vertreten sein. Die Frauenbeauftragte erhält ein Sondervotum.

Chancengleichheit gilt an den Bremischen Hochschulen nur bei StudienanfängerInnen. Mittlerweile studieren zwar ebenso viele Frauen wie Männer. Aber deutlich weniger Frauen als Männer promovieren oder habilitieren. Der Frauenanteil bei den Professuren ist mit 20,4 Prozent gering, obwohl Bremen damit sogar in der Spitzengruppe der Bundesländer rangiert.

„Das Innovationspotenzial von Frauen darf im Wissenschaftsbetrieb nicht weiter vergeudet werden.

Sie soll darüber hinaus an allen Rektoratsentscheidungen beteiligt werden.

Neben der besseren Frauenförderung erleichtert die Gesetzesnovelle auch das Studium ohne Abitur. So ist mit dem Meistertitel künftig die allgemeine Hochschulreife verbunden. Die fachgebundene Hochschulreife erhält indes, wer zusammen fünf Jahre Ausbildung und Berufserfahrung vorweisen kann und eine Eingangsprüfung besteht. Das Studium ohne Abi muss in Bremen keinen direkten Bezug zum bisherigen Beruf haben. Schließlich müssen die Menschen aufgrund des flexibilisierten Arbeitsmarktes die Chance haben, sich in ihrem Berufsleben umzuorientieren.

„Bisher kommen gerade mal ein Prozent aller Studierenden als beruflich Qualifizierte an die Hochschulen. Mit dem Studium ohne Abi erhöhen wir die Durchlässigkeit des Bildungssystems. Angesichts des Fachkräftemangels müssen wir die Begabungen besser nutzen, um im Wettbewerb zu bestehen“, betont Silvia Schön.



## Stadtentwicklung umweltbewusst und zielgenau

**Die Innenentwicklung ist ökologischer als der Flächenfraß am Stadtrand. Urbane Wohnstandorte stehen hoch im Kurs. Doch die Neubaugebiete lösen auch Befürchtungen aus. Umso wichtiger ist die umfassende Bürgerbeteiligung.**

Stadtwerder oder auch Bunnackerweg – die geplanten Neubaugebiete sorgen bei einigen AnwohnerInnen aus unterschiedlichsten Gründen für Unmut. Manche stoßen sich beispielsweise an der Architektur, andere wollen ihre freie Sicht vor der Haustür behalten

oder befürchten mehr Verkehr. Diese zwei Beispiele machen deutlich: Die Verdichtung von bestehenden Quartieren ist nicht immer zur Zufriedenheit aller AnwohnerInnen zu bewerkstelligen. Für die Grünen ist die Innenentwicklung der Stadt gleichwohl alternativlos. Denn das schützt die Umwelt besser als das wahllose Zubetonieren großer Flächen am Stadtrand. Zugleich kann damit die Nachfrage zielgenau gedeckt werden, wie das neueste Wohnungsmarkt-Gutachten zeigt.

Beispiel Stadtwerder: Dort unterstützt die Fraktion den Beschluss des Beirates Neustadt. Demnach bleiben die Bäume im Uferbereich stehen. Ein dreijähriges Moratorium ermöglicht eine umfassende Beteiligung der NeustädterInnen und auch der künftigen BewohnerInnen des Stadtwerders. „Jetzt gibt es genügend

Zeit für ein breit angelegtes Beteiligungsverfahren. Bei der Überarbeitung der Grünplanung werden alle relevanten AkteurInnen einbezogen. Wir wollen erreichen, dass das Neubaugebiet auf dem Stadtwerder eine hohe



Akzeptanz findet. Wir wollen eine Lösung, die für die große Mehrheit der Menschen im Stadtteil tragbar ist“, betont die baupolitische Sprecherin der Grünen Karin Krusche. Die Menschen vor Ort müssen bei den jeweiligen Bauvorhaben frühzeitig einbezogen, ihre Kritik und Anregungen abgewogen werden.

Die Einwände gegen das 140 Wohneinheiten umfassende Baugebiet zwischen Bunnackerweg und

Habenhauser Deich, für das sich vor allem Familien interessieren, sind indes weitestgehend entkräftet worden. So bleibt z.B. der vorhandene Baumbestand

erhalten. Ein freier Streifen am Deich bietet die Möglichkeit für die künftige Verstärkung des Hochwasserschutzes.

„Wir respektieren die Befürchtungen der Menschen, deren Umfeld sich durch ein Baugebiet verändert. Wir müssen in jedem Einzelfall genau hinschauen, weil es Gründe für Modifikationen der Planung geben kann. Wir wollen Bauwillige halten und NeubürgerInnen hinzugewinnen, damit Bremen auch im Zuge des demografischen Wandels eine lebendige Stadt bleibt. Bremen braucht für die unterschiedlichen Nutzergruppen einen Mix attraktiver, urbaner Wohnstandorte“, unterstreicht Karin Krusche.



## Mit neuem Petitionsgesetz in Vorreiterrolle

**Die Novelle schafft mehr Bürgernähe: Ab 2010 können Beschwerden von BremerInnen im Internet veröffentlicht, diskutiert und unterstützt werden. Damit hat Bremen jetzt das modernste Petitionsrecht aller Bundesländer.**

Die Eingabe von Beschwerden und Bitten wird für BremerInnen ab Jahresbeginn deutlich einfacher. Dann tritt das neue Petitionsgesetz in Kraft – das modernste im Vergleich aller Bundesländer. Kernpunkt des Gesetzes ist die Einführung der öffentlichen Petition im Internet. Die BürgerInnen haben die Möglichkeit, eine öffentliche Petition durch ihre Mitzeichnung zu unterstützen oder sich mit Diskussionsbeiträgen im Forum zu beteiligen. „Die öffentliche Petition im Internet ist ein Meilenstein. Das

senkt die Hemmschwellen und stärkt den Einfluss der BürgerInnen. Die Einführung von Sammelpetitionen erlaubt die Solidarisierung von Menschen und fördert so gemeinsames Handeln“, betont die Vize-Vorsitzende des Petitionsausschusses Zahra Mohammadzadeh.

Die Petition im Internet bringt gerade jungen oder wenig mobilen Menschen politisches Handeln näher. Erstmals in der Bundesrepublik schreibt das Gesetz auch den barrierefreien Zugang zum Petitionsrecht fest.

Die Grünen hatten auch angeregt, dass eine Petition nicht an die deutsche Sprache gebunden sein soll. Das haben die anderen Fraktionen aber abgelehnt. „Unser Vorschlag hätte Menschen mit Migrationshintergrund eine Petition erleichtert. Das würde die Identifikation mit ihrer zweiten Heimat erhöhen und zur Integration beitragen. Die Chance für dieses Signal blieb leider ungenutzt“, so Zahra Mohammadzadeh.

